

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 98 (2004)
Heft: 2

Artikel: Perspektiven einer global solidarischen Gesellschaft
Autor: Troxler, Ferdinand
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144438>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven einer global solidarischen Gesellschaft

Ferdinand Troxler hat die folgenden Überlegungen am Kongress der Internationalen Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten (ILRS) vom 15./17. August 2003 in Luzern vorgetragen. Während Urs Eigenmann über die im letzten Heft veröffentlichten Grundlagen eines bibeltheologischen fundierten religiösen Sozialismus referierte, hielt Ferdi Troxler das Einführungs-Referat zum dritten Teil des Seminars: «Was tun?» Seine «Perspektiven einer global solidarischen Gesellschaft» bündeln kapitalismus- und globalisierungskritische Gedanken und Alternativen zu einem programmatischen Ganzen in zehn Thesen. Sie dienen auch als Orientierungshilfe und Handlungsanleitung bei der Erarbeitung des ILRS-Memorandums für eine gerechte, ökologische und friedliche Gesellschaft, das wir im Septemberheft 2003 veröffentlicht haben. Sie wären es aber auch wert, über den Anlass hinaus reflektiert zu werden. Ferdi Troxler war lange Jahre Mitglied der Vorstände der Religiös-Sozialistischen Vereinigung und der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege. Als Ökonom und ehemaliger Pressesekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes argumentiert er auf einer klaren theoretischen Grundlage basisnah und praxisbezogen.

Red.

These 1: Eine solide Analyse der gesellschaftlichen Situation muss Grundlage für Zukunftsperspektiven sein.

Diese Analyse haben wir in unserer Arbeitsgruppe Bern Region/Langnau in einem 15seitigen Papier zusammengefasst mit folgenden Fakten:

- Einerseits könnte die Erde nach heutigem Entwicklungsstand etwa die doppelte Zahl der jetzigen Erdbewohnerinnen und Erdbewohner ernähren – andererseits sterben jeden Tag auf unserem Planeten mehr als 100 000 Menschen an Hunger oder an dessen unmittelbaren Folgen.
- Die Kluft zwischen arm und reich nimmt weltweit massiv zu; die Reichen werden reicher, die Armen zahlreicher.
- Rund eine Milliarde Menschen weltweit sind zurzeit arbeitslos oder unterbeschäftigt.
- Die schonungslose Ausbeutung der natürlichen Umwelt gefährdet unsere Lebensgrundlage.
- Jeden Tag werden etwa drei Milliarden Franken für Armeen und Rüstung verschleudert.

Jean Ziegler hat in seinem neuesten Buch «Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher» die heutige Weltordnung realistisch als «mörderisch» bezeichnet.

These 2: Ursache vieler Fehlentwicklungen ist ein kapitalistisches System, das den Profit und die Kapitalvermehrung statt den Menschen ins Zentrum stellt. Aufgrund der negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen des Kapitalismus sowie wegen seiner Menschenfeindlichkeit genügt es nicht, dem Patienten einige Pflästerchen zu verabreichen oder anders gesagt: den Kapitalismus zu zivilisieren. Der Kapitalismus ist grundsätzlich in Frage zu stellen, im Klartext: zu überwinden.

Die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus zeigt sich u.a. darin, dass er Menschen krank macht durch Stress,

Angst vor Entlassung und oft fehlende Entfaltungsmöglichkeiten und dass er die Gesellschaft spaltet in Nutzniesser und Verlierer. – Unter «Überwindung des Kapitalismus» verstehe ich, dass das Kapital statt eine herrschende eine dienende Rolle in der Wirtschaft einnehmen soll, dass die Wirtschaft dem Leben dient, dem Leben aller Menschen.

Das kapitalistische System – es existierte nie in Reinkultur, sonst wäre es kaum lebensfähig gewesen – ist von der Rangordnung der Werte her eine Fehlkonstruktion. Denn *Arbeit* müsste *Vor-rang vor dem Kapital* haben, weil Arbeit etwas Persönliches, Kapital hingegen eine reine Sache ist. Die Person aber steht rangmässig höher als die Sache. Das Kapital ist letztlich, abgesehen von Naturreichtümern, nichts anderes als «angehäufte Arbeit». (Marx sprach von «akkumulierter Arbeit»).

Kapitalismus, verbunden mit *totalem Markt*, ist langfristig auch nicht effizient, wie der in Mittelamerika tätige Wirtschaftswissenschaftler und Direktor eines ökumenischen Forschungszentrums, *Franz Hinkelammert*, bemerkt.¹ Der gängige Effizienzbegriff in der Wirtschaft sei nämlich fragmentarisch, weil der zentrale Punkt der «Reproduktion» nicht berücksichtigt werde, nämlich die Quellen des Reichtums: Mensch und Natur. Der Kapitalismus führe letztlich zur Zerstörung von Mensch und Natur.

Zur Darstellung von Perspektiven einer global solidarischen Gesellschaft, die auch die Sorge um unsere Umwelt und eine friedliche Welt einbezieht, folge ich der dreigliedrigen Grundeinteilung in einen wirtschaftlichen, einen politischen sowie einen kulturellen, religiösen und ideologischen Bereich.

A) Wirtschaftlicher Bereich

Ich möchte mich nicht allzu sehr in Einzelheiten verlieren, so dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht, sondern einige Pflöcke einschlagen, die mir besonders wichtig scheinen.

These 3: Eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie ist eine real mögliche Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Im Grunde genommen bedeutet dies nichts anderes, als die Vollendung der auf halbem Weg steckengebliebenen Französischen Revolution mit den Grundwerten «*Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*» zu ergänzen mit neueren Schwerpunkten: Frauenemanzipation also auch Schwesterlichkeit, Ökologie und Drittwelt-Problematik. Die Französische Revolution vermochte den bürgerlichen Rahmen nicht zu sprengen, blieb den Interessen des «*tiers état*» verhaftet. «Noch immer flattert die Trikolore auf halbemast», stellt Arnold Künzli treffend fest.²

Wirtschaftsdemokratie bezieht sich sowohl auf die *betrieblich-unternehmerische* wie auf die *gesamtwirtschaftliche Ebene*. In Betrieb und Unternehmen bedeutet dies Partizipation der Beschäftigten, d.h. Teilhabe am Eigentum sowie Teilnahme an wichtigen Entscheidungen (letzteres auch ohne Kapitalbeteiligung). Je nach Unternehmen sind unterschiedliche Partizipationsweisen sinnvoll. In einem Gewerbebetrieb zum Beispiel, wo der Chef gleichzeitig Eigentümer ist und oft ein mehr oder weniger enger Kontakt zu den Beschäftigten besteht, eignen sich andere Lösungen als etwa in einem transnationalen Konzern.

Wirtschaftsdemokratie in Betrieb und Unternehmung kann von Mitbestimmung, von Genossenschaften, Kommunal- und Staatsbetrieben bis zur Selbstverwaltung durch Belegschaften reichen. Bei *transnationalen Konzernen* müsste Mitbestimmung auch die Konzernspitze umfassen, weil ja dort auch für die Beschäftigten die folgenschwersten Entscheide fallen. Kapital und Arbeit sollten im Verwaltungsrat privatwirtschaftlicher transnationaler Konzerne gleichgewichtig vertreten sein. Eine *laboristische Lösung* mit Übergewicht des

Faktors Arbeit wäre wohl in der jetzigen Situation illusionär. Bereits eine *paritätische Mitbestimmung* würde die Macht des Kapitals grundlegend einschränken und wäre auch eine wirksame Kontrolle gegenüber dem oft übermächtigen Management, eine Bremse gegenüber Shareholder-Value-Praktiken und Abzockerei. Um Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen, sind *starke Gewerkschaften* nötig.

Mit der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie erhält die *Eigentumsfrage* neue Aktualität. *Ulrich Duchrow* und *Franz Hinkelammert* unterstreichen dies in ihrem richtungweisenden Buch «Le-



Cancun: eine magere Ernte (Bild: «The Economist» vom 20.9.2003).

ben ist mehr als Kapital – Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums».³

These 4: Auch eine Wirtschaftsdemokratie bedarf der staatlichen Steuerung, weil sich daraus nicht automatisch eine gesamtgesellschaftlich erwünschte Entwicklung ergibt und der Markt in vielen Belangen blind ist. Anzustreben ist also nicht irgendeine Wirtschaftsdemokratie, sondern eine soziale und ökologische.

In der *Sozialpolitik* sind vor allem eine gerechtere Steuerpolitik sowie die Sozialversicherungen angesprochen. Für verschiedene Gruppen – Langzeitarbeitslose, Pflegebedürftige, die «working poor» und andere – reicht das Einkommen oft nicht zur Existenzsicherung, oder sie fallen durch die Lücken im Netz der Sozi-

alversicherungen. Die soziale Fürsorge als Auffangnetz für die Betroffenen ist unzureichend, da sie an demütigende Bedingungen geknüpft ist und Einschränkungen verlangt, die oft nur schwer erträglich sind. Zweckmässig wäre ein *garantiertes Grundeinkommen*, wozu es verschiedene Modelle gibt. Für die Schweiz wäre wohl der Ausbau der Ergänzungsleistungen im Sinne eines Rechtsanspruchs für weitere Kategorien von Bedürftigen am ehesten realisierbar.

In der *Umweltpolitik* müssten – neben gewissen unerlässlichen Vorschriften und Grenzwerten – vor allem die Kosten der Umweltverschmutzung auf die Preise überwältigt werden durch *ökologische Lenkungssteuern* und Abgaben. Damit diese Steuern nicht vor allem die Armen treffen, müssten diese anderweitig finanziell entlastet werden. Grosse Bedeutung kommt dem *biologischen Landbau* und einer vernünftigen *Bodenpolitik* zu. Boden darf nicht der Spekulation und der Bereicherung weniger auf Kosten der vielen preisgegeben werden, denn er gehört als Existenzbasis grundsätzlich allen Menschen wie die Luft und das Wasser. Staat und Kommunen haben eine ökologische Bodennutzung zu fördern.

Sowohl Sozial- wie Umweltpolitik sind auch eine Aufgabe der *Staatengemeinschaft*. Eine Harmonisierung durch verbindliche *Sozial- und Umweltklauseln* im Produktionsbereich wäre sinnvoll, um Sozial- und Umwelt-Dumping angesichts des globalen Standort-Wettbewerbs entgegenzuwirken. Dabei braucht es Sonderregelungen für Entwicklungsländer, damit sich diese Klauseln für sie nicht negativ auswirken.

These 5: Der wirtschaftliche Erfolg muss ganzheitlich beurteilt werden, d.h. nicht nur nach monetärem Wachstum, sondern auch nach sozialem und ökologischem Nutzen unter Einbezug demokratischer Partizipation der Betroffenen.

Dazu ist ein Indikatorensystem entwickelt worden, das Kriterien für die grundlegende Verkoppelung von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem bereitstellt.⁴

These 6: Notwendig ist eine neue Weltwirtschaftsordnung, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist und mehr Gerechtigkeit schafft.

Vor allem folgende Massnahmen drängen sich nach Meinung vieler Fachleute auf:

1. Abzurücken ist vom neoliberalen, unhaltbaren Dogma, dass der Freihandel letztlich allen Menschen nütze, auch den Armen.

Freihandel kann nur einigermaßen «funktionieren» zwischen Ländern mit ähnlichem Entwicklungsstand, eine Voraussetzung, die bezogen auf die reichen Industrie- und *armen Entwicklungsländer* völlig fehlt. So führt Freihandel in Entwicklungsländern oft dazu, dass die einheimische Wirtschaft durch Billig-Importe kaputt gemacht wird, weil keine Schutzzölle erhoben werden können. Folge: ein Heer von weiteren Arbeitslosen.

Alle Länder und insbesondere die wirtschaftlich zurückgebliebenen müssen die Möglichkeit haben, ihre *eigenen Vorstellungen von Entwicklung* zu realisieren. Die Wirtschaft muss sich von der eigenen Basis her entwickeln können. Hilfe von aussen soll diese Basis stärken. – Auf schwerwiegende Mängel der Freihandels-Theorie haben an der Public-Eye-Konferenz 2002 in New York zwei Ökonomen hingewiesen.⁵

2. Die zurzeit wichtigsten Pfeiler der Weltwirtschaftsordnung – Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandels-Organisation (WTO) – sind zu demokratisieren und in ihrer Politik zu reformieren. Sie sollten in das demokratisch weiterzuentwickelnde UNO-System integriert werden.

IWF, Weltbank und WTO werden aufgrund ihrer Stimmrechte nach Fi-

nanzkraft von den reichen Industrieländern beherrscht und sind auf das neoliberale Credo mit den Schwerpunkten *Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung* eingeschworen. Diese Plutokratie muss demokratischen Strukturen weichen, in denen die Entwicklungsländer angemessen vertreten sind. Entsprechend ist die neoliberale Politik zu revidieren.

Die WTO hat die Handelsliberalisierung «um jeden Preis» sowie ihre Privatisierungspolitik aufzugeben. Es sind Regelungsstrukturen zu schaffen, die den *Bedürfnissen der Region* angepasst sind und von den betreffenden Ländern festgelegt werden. Nationale Spielräume zum Schutz des «Service public», der Kulturen und der Umwelt sind anzuerkennen. Die Verhandlungen im Rahmen der WTO, die darauf abzielen, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren (z.B. die Wasserversorgung) sind sofort zu beenden. Das Abkommen zur Patentierung «geistigen Eigentums» (genmanipuliertes Saatgut, Medikamente usw.) ist rückgängig zu machen. Zu erlassen sind hingegen verbindliche Wettbewerbsregeln für transnationale Konzerne, welche auf die Entwicklungspolitik der betroffenen Länder Rücksicht zu nehmen hätten.

Zu fordern ist die sofortige Abschaffung der *Strukturanpassungspolitik* des IWF und der Weltbank, die ganze Gesellschaften in Armut und Elend stürzt, nur um die Zinszahlung an die Kapital-eigentümer leisten zu können. Sinnvoll wären *regionale Währungsfonds*, die nach eigenen und nicht primär nach den Interessen der Akteure aus den Industrieländern organisiert sind.

Die Integration von IWF, Weltbank und WTO ins UNO-System ist deshalb von Bedeutung, weil damit die reichen Industrieländer rechenschaftspflichtig würden und sich – im Idealfall – gemeinsamen Beschlüssen der Weltorganisation beugen müssten.

3. Der Finanzkapitalismus (Casino-Ka-

pitalismus) ist zu zähmen und angemessen zu besteuern.

Das Finanzkapital hat ungeheure Ausmasse erreicht. Mehr als 90 Prozent des Finanzkapitals werden nur noch in die *virtuelle Welt der Spekulation* mit Wertpapieren, Devisen, Optionen investiert. Dieses globalisierte Finanzsystem ist sehr krisenanfällig. Besonders deutlich wurde dies bei den zahlreichen Finanz- und Währungskrisen der Neunzigerjahre, z.B. in Mexiko (1994), Ostasien (1997), Russland (1998) und Brasilien (1999). Im Gefolge dieser Krisen riefen selbst die Protagonisten der Globalisierung nach einer «neuen internationalen Finanzarchitektur». Doch man begnügte sich bisher mit kosmetischen Korrekturen wie Verbesserung der Transparenz.

Folgende Massnahmen, wie sie etwa durch Kairos Europa vorgeschlagen werden⁶, kommen in Frage:

- Besteuerung von Devisentransaktionen
- die Tobin-Tax ergäbe jährlich mindestens 100 bis 150 Milliarden US-Dollar bei einer Steuer von z.B. 0,25 % des Umsatzes –, ferner Börsenumsatzsteuer und Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus dem Verkauf von Wertpapieren

- Selektiver Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen als Massnahme gegen Finanzkrisen

- Abschaffung von Offshore-Finanzzentren – sie gelten als Orte für Geldwäscher, Drogenhändler und Steuerflüchtlinge – und Steuerparadiesen. Es darf keine Schlupflöcher internationaler Regulierungen mehr geben, die Kapital- und Vermögensbesitzern ermöglichen, sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen. Auch die Schweiz mit ihrem sakrosankten Bankgeheimnis dürfte noch zum Handkuss kommen...

Wichtig für ein wirksames Vorgehen gegen Steueroasen ist neben der Veröffentlichung schwarzer Listen und der Androhung von Sanktionen auch das Verbot anonymer Stiftungen und von Nummernkonten.

- Transnationale Konzerne sollten auf universell einheitlicher Grundlage besteuert werden, damit unlautere Schiebereien aufhören.

4. Schluss mit der modernen Schuldklaverei

Wie Spezialisten sagen, muss jede grundsätzliche Strategie gegenüber Verschuldung südlicher Länder davon aus-



Protestaktion gegen die Politik der WTO in Cancun (Bild: «The Economist» vom 20.9.2003).

gehen, dass diese in den meisten Fällen nicht nur *illegitim*, sondern in einzelnen Fällen auch *illegal* zustande gekommen ist. Zu berücksichtigen ist auch die koloniale und neokoloniale Ausbeutung des Südens durch den Norden.

Insbesondere ist der Zustand zu beenden, dass die Armen mehr Geld an die Reichen abliefern als umgekehrt, wie Statistiken belegen. *Insolvenzregeln* sollten auch für überschuldete Länder entwickelt werden. Staaten sollten also wie ein überschuldetes Unternehmen Konkurs anmelden und sich so von unzumutbarem Schuldendruck befreien können.

B) Politik

These 7: Die Politik soll gegenüber der Wirtschaft wieder Vorrang erhalten, und zwar durch Abrücken von Absolutismen wie Freihandel, totaler Markt und Privatisierung, mit andern Worten: Politik soll den neoliberalen Irrweg verlassen. Zentraler Richtwert soll das Gemeinwohl sein, und dies auf lokaler, nationaler, regionaler und Weltebene. Zur Verwirklichung sind die bewährten Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität zu beachten.

Subsidiarität bedeutet, dass das, was auf unterer Ebene befriedigend gelöst werden kann, nicht nach oben verlagert werden soll. Dabei kommt der lokalen Ebene eine ganz besondere Bedeutung zu, weil sich hier das konkrete Leben der Menschen abspielt. Der persönlichen Eigen-Verantwortung und der Eigen-Initiative ist möglichst viel Raum zu geben, soweit dies mit der Solidarität im Einklang steht.

These 8: Die prioritär zu lösenden Probleme, wozu die Politik wesentlich beizutragen hat, dürften sein: Schaffung einer Weltfriedensordnung, Kampf gegen Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit, mehr Gerechtigkeit, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Partizipation der Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung, d.h. De-

mokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere in Staat und Wirtschaft, Beseitigung von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder der Religion.

Ich gehe hier nur auf die *Weltfriedensordnung* ein. Eine effiziente Weltfriedensordnung müsste mit einem *durchsetzbaren Machtmonopol der UNO* ausgestattet sein, einer UNO, die wahrhaft *demokratisch und unabhängig* von Machteinflüssen seitens einzelner Staaten, von Sonderbünden oder transnationalen Konzernen ist und daher imstande wäre, der Barbarei der Kriege, der Geldverschwendung durch Rüstungswahnsinn und imperialistischen Macht-Allüren wirksam entgegenzutreten.

Die *Demokratisierung der UNO* würde bedeuten, dass das bisherige Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat – das sind die Siegermächte des zweiten Weltkrieges – aufgegeben wird zugunsten egalitärer Strukturen. Wird jedoch vor allem die einzig verbliebene Supermacht, die USA, dazu Hand bieten? Kaum die jetzige Machtelite um Präsident Bush. Aber es gibt auch ein *anderes Amerika*, Kräfte, denen die Orientierung am Gesamtwohl der Völker statt an imperialistischem Größenwahn durchaus zuzutrauen wäre. Ein solches Amerika würde die Hochachtung und die Freundschaft aller Völker verdienen und müsste sich nicht mehr gegen Terroranschläge abschirmen.

Die UNO als einzige globale Organisation müsste zur Wahrung des Machtmonopols über eine schlagkräftige *Interventionsinstanz* verfügen, um nötigenfalls Staaten, die sich nicht an die Weltfriedensordnung halten, in die Schranken zu weisen. Ein wirksam ausgestattetes Machtmonopol einer demokratisierten UNO könnte die *Abschaffung aller Armeen*, auch des Sonderbündnisses NATO, ermöglichen. Damit würden immense finanzielle Mittel frei zum Aufbau einer gerechteren und menschlicheren Welt.

C) Kultureller, religiöser und ideologischer Bereich

These 9: Grundlegend für einen radikalen – d.h. an die Wurzel gehenden – gesellschaftspolitischen Wandel ist, dass sich möglichst breite Volksschichten der eklatanten Widersprüche in unserer weltweiten Gesellschaft bewusst werden und den neoliberalen Irrweg, der sich in der Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit zeigt, durchschauen. Das setzt viel Aufklärungsarbeit voraus.

These 10: Nur eine Vernetzung der oppositionellen Kräfte – national und über die Kontinente hinweg –, hartnäckiger Widerstand und ein gewaltloser Aufstand der Zivilgesellschaft schaffen den nötigen Druck, um das kapitalistische Monster zu besiegen.

Jean Ziegler spricht im erwähnten Buch von einer «neuen planetarischen Zivilgesellschaft», die im Entstehen begriffen sei und «die Hoffnung der Völker» bedeute. Zu dieser Zivilgesellschaft gehören auch starke etablierte Kräfte wie die Gewerkschaften, die Kirchen, die Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Drittweltbewegungen, Teile der Bauernschaft. Besonders bei den Gewerkschaften ist ein neuer Aufbruch spürbar, ebenso bei den Kirchen. So haben der *Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK)*, der *Reformierte* und der *Lutherische Weltbund* ihre Mitgliedskirchen zu einer verbindlichen Konsultation bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Naturzerstörung aufgerufen. Auch die *Katholische Kirche* verfügt vor allem in den Sozialenzykliken über ein bedeutendes gesellschaftskritisches Potential. Das trifft mehr oder weniger zu für alle Religionen, die laut einer durch Glaubensgemeinschaften veröffentlichten «Erklärung des Colloquium 2000» vieles gemeinsam haben: «Christentum, Muslime, Juden, Hindus, Buddhisten und Menschen aus traditionellen einheimischen Religionen teilen miteinander

Schlüsselpositionen vom guten Leben und der Wirtschaft. Es sind dies: Lebensbezogenheit, Achtung für die Natur, Option für die Armen, Gerechtigkeit durch Teilen und prophetisches Wirken, Anerkennung der Menschen als Subjekte des Lebens.» Würde dieses Potential gesellschaftspolitisch die breite Basis erfassen, nähme der Druck auf die «Mächtigen» enorm zu.

Zur Strategie

Ich verweise auf die von *Ulrich Duchrow* vertretene *Doppelstrategie*: Es geht einerseits um Widerstand und vernetzte Alternativen im Kleinen – im örtlich-regionalen Bereich, möglichst unabhängig von den Weltmarktkräften – auf der Basis einer neuen Vision und andererseits um Mitarbeit an der Überwindung der lebensbedrohenden kapitalistischen Wirtschaft.⁷

Strukturen sind nicht alles

Diese Welt braucht – davon bin ich überzeugt – nicht nur gerechtere Strukturen, sondern auch einen «Wärmestrom», wie es *Ernst Bloch* nannte, nämlich inneres Feuer, Liebe zum konkreten Menschen und zur ganzen Schöpfung.

«Was müssen *wir* tun?» Schliessen wir uns dem Ruf aus Porto Alegre an: *Eine andere Welt ist möglich!* Eine Wirtschaft, die dem Leben dient und der Solidarität unter den Menschen. ●

¹ Kultur der Hoffnung – für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Naturzerstörung, Mainz 1999, S. 130f.

² Trikolore auf halbmast, Zürich 1992, S. 22.

³ Publik-Forum-Verlag, Oberursel 2002.

⁴ H. Diefenbacher u.a., Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Regionalen Bereich, Heidelberg 1997.

⁵ Erklärung von Bern: Magazin – Sonderausgabe, 7.2.2002.

⁶ Broschüre «Kapital braucht Kontrolle»; zu beziehen bei Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, Monbijoustr. 31, 3001 Bern.

⁷ Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft, 2. erweiterte Auflage, Mainz 1997.